

tenzerweiterung der Selbstverwaltungsgremien andererseits. Die Gremien müssen befähigt werden, auf die Einführung von neuen Steuerungsmodellen und -instrumenten angemessen zu reagieren.

■ Adäquate Arbeitsbedingungen

Engagierte, motivierte Beschäftigte sind Voraussetzung für erfolgreiche Hochschulen: Um dies zu erreichen, müssen adäquate Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Hierzu zählen nicht nur die Anerkennung der hochqualifizierten Tätigkeiten durch angemessene Bezahlung, sondern auch tarifvertragliche Regelungen, die die Besonderheiten des Wissenschaftsbereichs berücksichtigen sowie die soziale Absicherung aller Beschäftigten.

Personalmanagement, Personalplanung und -entwicklung für alle Beschäftigten, die auch neue Formen der Arbeitszeitgestaltung und Teamarbeit berücksichtigen, müssen zu einem selbstverständlichen Repertoire von Hochschulen gehören.

■ Bessere Studienbedingungen

Die gesellschaftlich notwendige und gewollte Erhöhung der Zahl der Studierenden und Hochschulabsolventen kann nur erreicht werden, wenn es

Gebührenfreiheit für das erste und das konsekutive berufsqualifizierende Studium sowie eine Verbesserung der Studienfinanzierung gibt. Die weitere Öffnung der Hochschulen auch für Berufstätige ohne klassische Hochschulreife und die Anerkennung außerhalb der Hochschule erworbener Qualifikationen ist voranzutreiben.

Die Durchlässigkeit zwischen allen Hochschularten ist auszubauen und sicherzustellen. Dies gilt auch für Promotionen. Eine stärkere Anerkennung und Zertifizierung erworbener Teilqualifikationen und der Ausbau von Teilzeitstudiengängen ist notwendig.

Um den gesellschaftlichen Ansprüchen an berufliche Fähigkeiten und Fertigkeiten gerecht zu werden, müssen die Studieninhalte neben den fachlichen Qualifikationen auch soziale und kommunikative Kompetenzen umfassen. Neben Interdisziplinarität und Internationalität muss auch Praxisorientierung integraler Bestandteil von Studiengängen sein, neben der inhaltlichen Studienreform muss der Ausbau der Studienberatung und eine kontinuierliche Evaluierung der Hochschule und der Studienangebote treten.

Bei der Finanzierung der Hochschulen sind diese zusätzlichen Aufgaben zu berücksichtigen.

■ Geschlechtergerechtigkeit und Diversity

Eine verbindliche Politik des Gender Mainstreaming – ergänzt durch Diversity Policies – muss Diskriminierungen aller Art konsequent abbauen. Die Potenziale aller Hochschulangehörigen werden damit verstärkt gefördert.

Wir setzen uns ein

- für eine ausreichende aufgabengemäße staatliche Grundfinanzierung von Hochschulen,
- für die stärkere Beteiligung der Beschäftigten an den Arbeits-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen,
- für einheitliche tarifvertragliche Regelungen für alle Einrichtungen und alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich,
- für einen klar geregelten, verantwortungsvollen und fairen Umgang mit Befristungen,
- für einen deutlich höheren Frauenanteil bei den Professuren und allen Leitungsfunktionen,
- für inhaltlich und strukturell verbesserte Studienangebote,
- für die weitere Öffnung der Hochschulen und den Abbau von finanziellen und bürokratischen Hürden,
- für die Internationalisierung von Abschlüssen und Durchlässigkeit des Hochschulsystems,
- für Zivilklauseln an Hochschulen.

Stärke durch Vielfalt

Die Mitglieder des Bereichs Hochschule setzen sich zusammen aus Studierenden, Beschäftigten aus Technik, Verwaltung, Serviceeinrichtungen, aus wissenschaftlichem Mittelbau und Professoren und Professorinnen. Wir vereinigen alle „Statusgruppen“ in einer Gewerkschaft und kennen somit die vielfältigen Probleme aus der jeweiligen Sicht.

Wir sind vertreten in Personalräten und Selbstverwaltungsgremien und haben Mitglieder in Studierendenvertretungen.

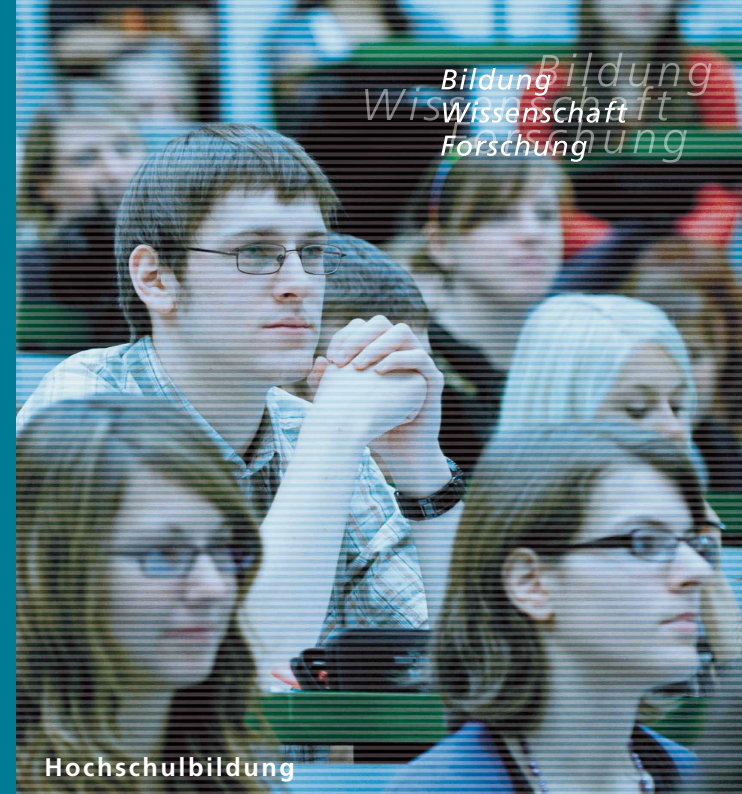
In vielen Einrichtungen treffen sich ver.di-Kolleginnen und -Kollegen in Betriebsgruppen.

**Bring' Deine Kompetenzen und Erfahrungen ein!
Gemeinsam können wir Interessenkonflikte besser erkennen und Lösungen erarbeiten!**

Kontakt

Norbert Konkol
ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesverwaltung
Ressort 11, Fachbereich 05
Bildung, Wissenschaft und Forschung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel.: 030 / 69 56-20 06
Fax: 030 / 69 56-39 39
E-Mail: norbert.konkol@verdi.de

Impressum: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, 10112 Berlin – Verantwortlich: Petra Gerstenkorn · Bearbeiter: Norbert Konkol, norbert.konkol@verdi.de



Hochschulbildung

Zukunftsfähigkeit durch wissenschaftliche Ausbildung

Bildung, Wissenschaft und Forschung

ver.di

Die Bedeutung der Wissenschaft für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft, für die Bewältigung der globalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme ist unbestritten und wächst ständig. Dabei nehmen die Hochschulen durch ihre Aufgaben in Lehre, Weiterbildung und Forschung sowie durch ihren Beitrag zur geistigen und kulturellen Infrastruktur eine zentrale Stellung ein. Diesen Ansprüchen können die Hochschulen angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen nur unzureichend nachkommen.

Aktuelle Probleme

Autonomie und staatliche Steuerung

Das Verhältnis zwischen Staat und Hochschule hat sich in den meisten Bundesländern durch neue Hochschulgesetzgebungen deutlich verändert. Rechtsformänderungen schmälern den Einfluss von Politik und Gesellschaft. Die Leit-Idee der „unternehmerischen Hochschule“ führte zur Einführung von marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten und von Managementmethoden.

Gleichzeitig sehen sich die Hochschulen immer noch mit einer Vielzahl von staatlichen Vorgaben konfrontiert, die ein eigenverantwortliches Handeln erschweren.

Hochschulräte sind oftmals durch Vertreter/innen großer Unternehmen besetzt, Vertreter/innen gesellschaftlicher Belange und der Beschäftigten sind deutlich in der Minderheit.

Eine Grundidee der Gruppenhochschule, die Beteiligung aller an den Entscheidungsprozessen und somit der Entwicklung der eigenen Hochschule, wird durch die einseitige Stärkung der Leitungsorgane konterkariert.

Intern sind die Hochschulen nach wie vor stark hierarchisch geprägt und immer noch überwiegend von Männern dominiert. Innovative Potenziale kommen unzureichend zum Tragen.

Unterfinanzierung

Auch wenn die Situation von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausfällt, ist der Trend zu sinkenden, allenfalls stagnierenden Budgets unverkennbar. Die mittlerweile chronische Unterfinanzierung wird durch befristete Sonderprogramme des Bundes kaschiert, ohne wirklich verhindern zu können, dass Studierenden und Beschäftigten buchstäblich „die Decke auf den Kopf fällt“, um nur eine Folge der maroden Ausstattung der Hochschulen zu nennen.

Darüber hinaus führt der zunehmende Wettbewerb um kurzfristige Drittmittel zu Fehlentwicklungen, nicht nur in der Personalstruktur der Hochschulen. Sie behindern auch eine eigenständige nachhaltige Planung der Hochschulen, die sich immer stärker den Schwerpunkten der Drittmittelgeber anpassen müssen.

Hochschulverträge, deren Ziel u.a. in der Planungssicherheit für die Hochschulen bestand, bewirken durch detaillierte Vorgaben das Gegenteil. Leistungsbezogene Mittelvergabe, gedacht als Anreiz, entpuppt sich als maßgebliches Kriterium der Bemessung von Landesmitteln. Grund- und Drittmittelfinanzierung stehen in falschem Verhältnis zueinander.

Attraktivitätsverlust

Die Beschäftigungsverhältnisse in den Hochschulen unterliegen nach wie vor Rahmenbedingungen, die wenig geeignet sind, den originären Aufgaben der Hochschulen und der berechtigten sozialen Interessen der Beschäftigten gleichermaßen zu entsprechen. Wissenschaftsadäquate Beschäftigungsbedingungen, mit denen Teamarbeit und Innovation gestärkt, Leistung motiviert und persönliche Abhängigkeiten abgebaut werden könnten, fehlen nach wie vor.

Das Ergebnis sind zunehmende Probleme der Hochschulen bei der Gewinnung qualifizierten Personals und ganz allgemein der Verlust an Attraktivität der Hochschulen als Arbeitsstätte.

Verfehlte Studienreform

Die Einführung der gestuften Studienstruktur (Bachelor und Master) hat bestehende Probleme im Bereich des Studiums nicht behoben, sondern eher noch verschärft. Bologna-Ziele wie die Internationalisierung, Mobilität, berufliche und persönliche Kompetenzentwicklung sind unerreicht und angesichts der überfüllten Hochschulen noch schwerer umsetzbar. Hohe Abbruchquoten sind eine Folge davon.

Trotz Änderungen beim BAföG müssen rund 70% der Studierenden ihr Studium durch paralleles Arbeiten finanzieren. Dies führt zu Studienzeitverlängerungen.

Unzureichende Interdisziplinarität

Die Studieninhalte sind überwiegend geprägt von streng disziplinärer Organisation, d.h. von der Auseinandersetzung mit einzelwissenschaftlichem Kontext und homogenen Fragestellungen. Notwendige Interdisziplinarität kommt angesichts der Bedeutung breit gefächerten Wissens und sozialer sowie kommunikativer Fähigkeiten für das künftige Arbeitsleben deutlich zu kurz.

Herausforderungen

Die Hochschulen sehen sich mit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Die Erwartungen hinsichtlich ihrer Problemlösungsfähigkeit sind gestiegen. Hinzu kommen verstärkt die Erfordernisse des Arbeitsmarktes, der wesentlich mehr hochqualifizierte Beschäftigte verlangt.

Globalisierung der Wirtschaft und Internationalisierung der Gesellschaft verlangen Änderungen der Hochschule in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Dies macht nicht nur eine deutliche Steigerung der Zahl von

Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen unabdingbar. Gefordert wird auch der stärkere Bezug zur Arbeitswelt. Qualifizierung und permanente wissenschaftliche Weiterbildung im Sinne des lebensbegleitenden Lernens sind Grundlage der neuen Studienstruktur geworden. Die stärkere Öffnung der Hochschulen für Berufstätige mit und ohne Hochschulzugangsberechtigung stellt die Hochschulen inhaltlich wie strukturell vor neue Aufgaben.

Was will ver.di?

Wissenschaft im Allgemeinen und Hochschulen im Besonderen müssen wieder einen ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert in der Gesellschaft und Politik, vor allem in der Haushaltspolitik, erhalten. Unsere Ziele im Einzelnen:

■ Leistungsfähige Hochschulen

Um ihrer gesellschaftlichen Funktion und Verantwortung gerecht werden zu können, müssen Hochschulen in staatlicher Verantwortung bleiben. Dazu gehört eine ausreichende Finanzierung. Die Stärkung der Hochschulleitungen muss einhergehen mit der gleichzeitigen Ausweitung der Mitbestimmung von Personalräten einerseits und der Demokratisierung sowie Kompe-